

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

**Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des
Fernstraßen-Überleitungsgesetzes**

– Drucksache 21/1492 –

Stellungnahme des Bundesrates

Der Bundesrat hat in seiner 1057. Sitzung am 26. September 2025 beschlossen, gegen den Gesetzentwurf gemäß Artikel 76 Absatz 2 des Grundgesetzes keine Einwendungen zu erheben.

